



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Sitzungstermin: Donnerstag, 04.12.2025
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Raum, Ort: Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Anna Bauseneick ab 18:51 Uhr

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne Vorsitz bis 18:51 Uhr
Thomas Dißelmeyer
Christian-Tobias Gerlach
Matthias Wiebe Vertretung für: Jule Grunau
Martin Lühmann
Andreas Neubert Vertretung für: Andrea Schröder-Ehlers
Alexander Schwake bis 18:33 Uhr

Grundmandat

Cornelius Grimm Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Matthias Rink
Sebastian Prigge
Annika Pupke
Vivien Fetzer
Patrick Klose
Eckhard Pols
Manuel Vogel
Isabell Junkereit

Gäste

Frau Lansmann (Geschäftsführerin LMG)
Herr Rodemer (Geschäftsführer gBuK)
Herr Zellmer (Geschäftsführer Tagesklinik)
Herr König (Geschäftsführer Pflegezentrum)
Herr Meyer (Geschäftsführer Service Plus)
Herr Günther (Geschäftsführer Kurzentrum, Sports & Friends, SALVA)
Herr Dr. Moormann (Geschäftsführer Holding, SKL, AZL, MVZ)

Herr Kramer (Geschäftsführer PKL)
Herr Schmitz (Geschäftsführer GfA)
Herr Leupold (Geschäftsführer WLG)
Herr Enkelmann (Geschäftsführer e.novum)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
4	Einwohnendenfragen	
5	Lüneburg Marketing GmbH - Anpassung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates Weisung an städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12218/25
6	Lüneburg Marketing GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12217/25
7	Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH - Wirtschaftsplan 2026	
8	Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12189/25
9	Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH - Gewinnausschüttung Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12206/25
10	Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12196/25
11	Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12203/25
12	Service Plus Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12201/25
13	Kurzentrums Lüneburg Kurmittel GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12198/25
14	Sports & Friends Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12199/25

TOP	Betreff	Vorlage
15	SALVA Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12204/25
16	SALVA Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12216/25
17	Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12200/25
18	Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12186/25
19	Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12187/25
20	MVZ LueneDoc GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12197/25
21	Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12202/25
22	Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Konzern - Wirtschaftsprüferbestellung für das Geschäftsjahr 2025 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in den Gesellschafterversammlungen	BV/12205/25
23	GfA Lüneburg - gkAöR - Wirtschaftsplan 2026 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates	BV/12185/25
24	GfA Lüneburg gkAöR - Gebührenkalkulation der kostenrechnenden Einrichtung der Abfallbeseitigung im Entsorgungsgebiet der Hansestadt Lüneburg	BV/12160/25
25	Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026	BV/12156/25
26	Marktwesen - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026 - Änderung der Marktgebührensatzung	BV/12161/25
27	Straßenreinigung - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026	BV/12155/25
28	Friedhofs- und Bestattungswesen - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026	BV/12157/25

TOP	Betreff	Vorlage
29	Verlängerung des Förderprogramms "Catalyst"	BV/12213/25
30	Anträge und Anfragen	
30.1	Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)	AT/11991/25
30.2	Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepaxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)	AT/11992/25
30.3	Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, eingegangen am 28.01.2025)	AT/12099/25
30.4	Antrag "Lüneburgs Wärmenetze kommunalisieren" (Antrag der SPD-Fraktion und Ratsfrau Esders vom 24.04.2025, eingegangen am 24.04.2025)	VO/11862/25
31 (Nachtrag)	e.novum Lüneburg GmbH - Erwerb von Gesellschaftsanteilen und Wahl einer Vertretung in die Gesellschafterversammlung	
32	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende Dr. Dartenne begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitglieder der Verwaltung zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung. Anschließend stellt sie bei der Anwesenheit von 7 Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Enthaltung:	2

Beratungsinhalt:

Ratsherr Dißelmeyer beantragt die TOPs 7 und 26 aufgrund zu kurzer Vorbereitung zu streichen. Stadtrat Rink macht deutlich, dass die Grundlagen nicht verändert seien und es auch keine wesentlichen Änderungen gebe. Man könne diese jedoch auch im Verwaltungsausschuss und Rat besprechen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Stellv. Ausschussvorsitzende Dr. Dartenne beantragt, den TOP 32 aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu schieben.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

Zu TOP 3 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink informiert über den Spatenstich am Bilmer Berg. Ebenso teilt er mit, dass die Unternehmensuntersuchung der Abwasser, Grün und Lüneburger Service GmbH (AGL) voraussichtlich zum Ende des Jahres abgeschlossen und vorgesehen sei, dass Anfang 2026 in den Gremien darüber beraten werde.

Zu TOP 4 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

- keine Anmerkungen –

Zu TOP 5 Lüneburg Marketing GmbH - Anpassung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates Weisung an städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12218/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburg Marketing GmbH werden angewiesen, der Anpassung der bisherigen Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der Lüneburg Marketing GmbH vom 10.03.2015 gemäß des beigefügten Änderungsvorschlags zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Frau Lansmann, Geschäftsführerin der Lüneburg Marketing GmbH (LMG), teilt mit, dass die Geschäftsordnung angepasst werden solle, da eine Anpassung aufgrund der Änderung der Gesellschafterstruktur Ende 2024 und der daraus resultierenden Anpassung des Gesellschaftsvertrages notwendig sei. Herr Prigge ergänzt, dass die bestehende Geschäftsordnung aus dem Jahr 2015 sei. Daher sollten bei der Anpassung die Aufgaben und Zustimmungsbefugnisse des Aufsichtsrates konkretisiert und die Möglichkeit, die Aufsichtsratssitzung in Form einer Hybridsitzung abzuhalten integriert werden.

Zu TOP 6 Lüneburg Marketing GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12217/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburg Marketing GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Enthaltung: 1

Beratungsinhalt:

Frau Lansmann stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Der Wirtschaftsplan weist einen Jahresüberschuss von 193 € aus.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob die 80 T€ Eigenfinanzierung für die Maßnahme „Ausstattung der Lüneburg.info“ aus dem Investitionsplan, durch Eigenmittel oder durch Drittmittel geleistet werden solle und ob damit die Ausstattung der neuen Flächen im Galeria Gebäude gemeint sei. Daraufhin antwortet Frau Lansmann, dass die Investition für die Ausstattung im Galeria Gebäude sei, jedoch seien die Kosten noch nicht vollständig ermittelt, sodass Drittmittel noch einzuwerben seien.

Zu TOP 7 Gemeinnützige Bildungs- und Kultugesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH - Wirtschaftsplan 2026

Beratungsinhalt:

Herr Rodemer, Geschäftsführer der gemeinnützigen Bildungs- und Kultugesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH (gBuK), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Für das Jahr 2026 geht die gBuK von einem Jahresdefizit von rd. 9 T€ aus. Es solle ein großes neues ESF+ Projekt im Jahr 2026 durchgeführt werden. Zudem erläutert Herr Rodemer, dass ein finanzielles Risiko insbesondere im Integrationsbereich aufgrund der aktuellen nicht abzusehenden Fördersituation bestehe.

Ratsherr Dißelmeyer entschuldigt sich und erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da keine Vorbereitung aufgrund der fehlenden Vorlage stattfinden könne. Die stellv. Ausschussvorsitzende Dr. Dartenne weist daraufhin, dass der Beschluss erst im Verwaltungsausschuss gefasst und im Ausschuss lediglich beraten werde.

Anlage 1 Wirtschaftsplan 2026 - Gemeinnützige Bildungs- und Kultugesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg

Zu TOP 8 Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12189/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

**Zu TOP 10 Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12196/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Zellmer, Geschäftsführer der Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH, stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Dieser weist ein Jahresüberschuss von 93 T€ aus. Aufgrund neuer Vergütungsstrukturen für die ambulante Reha seien weniger Erlöse geplant. Im Jahr 2026 seien Investitionen in die Digitalisierung vorgesehen.

**Zu TOP 11 Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12203/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr König, Geschäftsführer der Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH (Pflegezentrum), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Dieser weist ein Jahresfehlbetrag von 35 T€ aus. Das Pflegezentrum plane mit steigenden Erlösen und höheren Personalkosten. Der Anstieg der Personalkosten sei auf Tarif- und Stufenerhöhungen zurückzuführen. Zudem plane das Pflegezentrum aufgrund der Inflation mit einem allgemeinen Ausgabenzuwachs von 2 %. Es werde nicht mit einer Vollbelegung gerechnet.

Ratsherr Neubert hinterfragt, ob der Wirtschaftsplan ausgeglichen sei, wenn es gut laufen wür-

de. Herr König teilt daraufhin mit, dass sehr vorsichtig gerechnet worden wäre und es auch sein könne, dass das Jahresergebnis besser ausfalle.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, woran es liegt, dass keine Vollbelegung erzielt werde. Herr König teilt mit, dass es viele Reservierungen und Platzvermittlungen gebe. Jedoch würden viele der möglichen Bewohner nicht einziehen. Außerdem gebe es keine Kündigungsfrist für die Bewohner:innen.

Zu TOP 12 Service Plus Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12201/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Service Plus Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Meyer, Geschäftsführer der Service Plus Lüneburg GmbH (Service Plus), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Die Gesellschaft plant mit einem Jahresüberschuss von 229 T€. Ab 2026 werde für die Beschäftigten der Gebäudereinigung der Mindestlohn auf 15 € erhöht. Außerdem seien weitere 5 % Lohnsteigerung für Mitte 2026 vorgesehen. In den Vorjahren erbrachte Reinigungsleistungen für die Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH würden wegfallen.

Zu TOP 13 Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12198/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH (Kurzentrum), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Dieser weist einen Jahresfehlbetrag von 13 T€ aus. Im Jahr 2026 sei die Anpassung kleinerer Tarife vorgesehen, sodass höhere Umsätze generiert werden können. Ferner sei das Ziel, in 2026 die Gästezahlen auf 400.000 zu steigern.

Ratsherr Neubert erkundigt sich, ob die Kurzentrum nun einen anderen Dienstleister zur Reinigung beauftragt habe und ob es eine Ausschreibung diesbezüglich gegeben habe. Herr Günther teilt mit, dass ausschließlich die Nachreinigung neu extern besetzt werde. Die Tagesreinigung werde nun von eigenem Personal getätigt. Eine Ausschreibung hätte es nicht gegeben. Es seien lediglich drei Angebote eingeholt worden.

Ratsherr Wiebe fragt nach, ob der private Dienstleister tariflich bezahlt werde. Herr Günther antwortet, dass eine übertarifliche Bezahlung erfolge.

Ratsherr Grimm hinterfragt die geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Herr Günther erklärt, dass diese im Zusammenhang mit dem Gradierwerk stünden.

Ratsherr Lühmann erkundigt sich, wo im Wirtschaftsplan die Verpachtung des gastronomischen Betriebs abgebildet sei. Daraufhin teilt Herr Günther mit, dass die Pachterträge unter den Umsatzerlösen zu finden seien.

Ratsherr Neubert fragt nach der geringeren Dividendenauszahlung der Avacon AG. Herr Günther erklärt, dass die Avacon AG aufgrund der Dekarbonisierung größere Investitionsmaßnahmen plane und daher geringere Dividenden auszahle. Nach Abschluss der Investitionen sei wieder mit höheren Dividendenauszahlungen zu rechnen, jedoch stehe die Dauer der Investitionsmaßnahmen noch nicht fest.

Zu TOP 14 Sports & Friends Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12199/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Sports & Friends Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der Sports & Friends Lüneburg GmbH, stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Die Gesellschaft plane mit einem Jahresüberschuss von 50 T€. Dies liege vor allem an der steigenden Mitgliederzahl, denn aktuell liege diese bereits bei über 1000 Mitgliedern, sodass es gegebenenfalls in 2026 zu einem Aufnahmestopp kommen könne.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob keine weiteren Mitglieder möglich seien. Daraufhin teilt Herr Günther mit, dass sich die Mitgliederzahl über die Anzahl der Schränke in den Umkleiden limi-

tiere. Außerdem fragt Ratsherr Grimm, ob die prozentuale Steigerung der Mitgliedsbeiträge analog zu der Kostensteigerung sei. Dies bejaht Herr Günther.

**Zu TOP 15 SALVA Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12204/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der SALVA Lüneburg GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024, für das Vortragen des Jahresfehlbetrags i.H.v. 30.249,42 € auf neue Rechnung sowie für die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2024 zu stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der SALVA Lüneburg GmbH (SALVA), stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließe das Jahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 30 T€ ab. Negative Jahresergebnisse seien bis zur Fertigstellung des Energiekonzepts vorgesehen. Nach der Fertigstellung solle über die Verpachtung an die Kurzentrum ein sukzessiver Abbau der vorgetragenen Jahresfehlbeträge stattfinden.

**Zu TOP 16 SALVA Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12216/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der SALVA Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 der SALVA Lüneburg GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der SALVA, stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Dieser weist ein Jahresfehlbetrag von 213 T€ aus.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob die Investitionen aus dem Investitionsplan i.H.v. 4,1 Mio. € ausschließlich in 2026 verwendet werden würden. Herr Günther teilt mit, dass noch keine Ausschreibung für die Installation der PV und PVT Anlagen stattgefunden habe, sodass noch nicht bekannt sei, wann und in welcher Höhe die Investitionen benötigt werden würden. Er rechne aber damit, dass auch in 2027 noch Investitionen erfolgen würden. Die ersten Erträge seien für das Jahr 2027 vorgesehen.

Ratsherr Grimm fragt außerdem, ob die Fläche an die SALVA vermietet werde. Herr Günther bejaht dies.

**Zu TOP 17 Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12200/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 inklusive eines Kassenkredites von bis zu 1.000.000 € zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Kramer, Geschäftsführer der Psychiatrische Klinik Lüneburg GmbH (PKL), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Das PKL plant für das Jahr 2026 mit einem Jahresfehlbetrag von 1.342 T€. Herr Kramer erläutert, dass die Klinik eine Auslastung von nahezu 100% habe und somit keine Nachfrageprobleme vorlägen. Es gebe sogar Wartelisten. Der Jahresfehlbetrag sei auf die Refinanzierungsprobleme im Gesundheitswesen zurückzuführen. So sei der Personalaufwand um rd. 1.000 T€ unterfinanziert.

Ratsherr Neubert fragt, woher die Unterfinanzierung der Personalkosten resultiere. Herr Kramer erläutert, dass aufgrund der Tarifierhöhungen die Kosten für das Personal stetig stiegen, diese Kostenerhöhungen jedoch nicht entsprechend angesetzt werden können, sodass eine Unterfinanzierung entstehe. Es müsse Gesetzesänderungen geben, um die Unterfinanzierung zu beenden.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, was hinter der Investitionsmaßnahme „pauschale Investitionen“ i.H.v. 493 T€ stecke. Herr Kramer antwortet, dass dieser Sammelposten Investitionen in die ständige Modernisierung der Gebäude, in die IT, in den Brandschutz etc. umfasse.

Zu TOP 18 Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12186/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 der Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH inklusive einer Kreditaufnahme für Investitionen von bis zu 10.000.000 €, die mit Grundschulden verbürgt werden und Kassenkrediten von bis zu 15.000.000 € zuzustimmen. Zudem dürfen die Investitionen aus dem genehmigten Wirtschaftsplan 2025, die aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bisher noch nicht umgesetzt werden konnten, getätigt werden. Die Gesellschafter werden aufgefordert, die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, damit eine drohende Insolvenz, wie es die Kapitalflussrechnung beschreibt, abgewendet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der Städtisches Klinikum Lüneburg GmbH (SKL), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Das SKL plane für das Geschäftsjahr 2026 mit einem Jahresfehlbetrag von 6.813 T€. Im Laufe des Jahres 2026 gehe das SKL von einem Abfluss an finanziellen Mitteln in Höhe von 12.400 T€ aus, sodass gegen Ende des Jahres der Rahmen der Kassenkredite i.H.v. 15.000 T€ vollständig ausgeschöpft werde. Das aktuelle Geschäftsjahr 2025 werde voraussichtlich deutlich besser als geplant abschließen. Dies sei auf die Leistungssteigerungen aufgrund der Insolvenz des Geesthachter Krankenhauses zurückzuführen.

Zu TOP 19 Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12187/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum GmbH (AZL), erläutert den Wirtschaftsplan 2026. Der Wirtschaftsplan weist einen Jahresüberschuss von 249 T€ aus. Dieser sei hauptsächlich auf die Umsatzsteigerungen zurückzuführen, die aus den Anfang 2025 erworbenen zweieinhalb Pathologie-Kassenarztsitzen resultierten.

Zu TOP 20 MVZ LueneDoc GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12197/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der MVZ LueneDoc GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der MVZ LueneDoc GmbH (MVZ), stellt den Wirtschaftsplan 2026 vor. Das MVZ gehe von einem Jahresüberschuss von 68 T€ für das Geschäftsjahr 2026 aus. Zudem berichtet Herr Dr. Moormann, dass das MVZ voraussichtlich in 2027 ihre Mietflächen erweitern werde, da mehr Platz für die Anzahl der Ärzt:innen und Kassenarztsitze notwendig sei. Zusätzlich müsse aufgrund der Anzahl der Ärzt:innen eine neue Software in Betrieb genommen werden.

Ratsherr Grimm erkundigt sich nach der Anzahl der Kassenarztsitze und Ärzt:innen. Herr Dr. Moormann antwortet, dass das MVZ vier Kassenarztsitze innehave und sechs Ärzt:innen angestellt seien.

Zu TOP 21 Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12202/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan 2026 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH (GHL), präsentiert den Wirtschaftsplan 2026. Die GHL plane das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 234 T€. Für das Geschäftsjahr 2026 seien höhere Erlöse durch die Dienstleistungen für die Tochter- und Enkelgesellschaften geplant, sodass sich die Gesamterlöse auf rd. 17.000 T€ belaufen würden. Ferner übernehme die GHL den betriebsärztlichen Dienst der eigenen Mitarbeiter:innen, der Angestellt:innen der Hansestadt Lüneburg und der Dianakliniken zum 01.01.2026.

Ratsherr Grimm fragt, ob der betriebsärztliche Dienst der Hansestadt und Tochtergesellschaften bisher von Externen durchgeführt worden sei. Herr Dr. Moormann führt aus, dass der betriebsärztliche Dienst bisher von der AMI Nord GmbH im Schildsteinweg angeboten worden sei.

Zu TOP 22 **Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Konzern - Wirtschaftsprüferbestellung für das Geschäftsjahr 2025 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in den Gesellschafterversammlungen** **BV/12205/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in den Gesellschafterversammlungen der Gesellschaften des Konzerns Gesundheitsholding Lüneburg GmbH werden angewiesen, der Vergabe der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 an die ETL WRG GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann führt aus, dass eine Ausschreibung für die Prüfung der Jahresabschlüsse aller Konzerngesellschaften zuletzt vor vier Jahren erfolgt sei. Da der Konzern mit der Zusammenarbeit mit der ETL WRG GmbH zufrieden sei, schlage die Geschäftsführung vor, die ETL WRG GmbH ebenfalls für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2025 aller Gesellschaften des Konzerns zu beauftragen.

Zu TOP 23 **GfA Lüneburg - gkAöR - Wirtschaftsplan 2026 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates** **BV/12185/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat

der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Wirtschaftsplan 2026 der GfA Lüneburg – gkAöR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Schmitz, Geschäftsführer der GfA Lüneburg gkAöR (GfA), schlägt vor, dass die Beratung der Tagesordnungspunkte 23 und 24 zusammen erfolgen solle, da der Wirtschaftsplan 2026 und die Gebührenkalkulation inhaltlich zusammengehörten. Es gibt keine Einwände der Ausschussmitglieder. Herr Schmitz führt aus, dass die Gebühren in Entsorgungsbereiche eingeteilt würden. So gebe es unterschiedliche Gebühren im Entsorgungsbereich der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg. Die Abfallgebühren würden in 2026 lediglich im Entsorgungsbereich des Landkreises erhöht. Die letzte Erhöhung der Gebühren im Entsorgungsbereich der Hansestadt sei im Jahr 2010 erfolgt. Ferner würde die Kostensteigerung für die Grünabfallsäcke an die Einwohner:innen der Hansestadt und des Landkreises weitergeben, sodass die Preise für die Grünabfallsäcke in beiden Entsorgungsbereichen um 0,20 € pro Stück zum 01.01.2026 erhöht würden. Die GfA gehe für das Jahr 2026 von einem Jahresüberschuss von 466 T€ aus. Für die Deponie sei eine Erweiterung für rd. 9 Mio. € geplant. Aktuell sei eine Verfüllung der Deponie bis 2033 sichergestellt. Durch die Erweiterung des 9. Abschnitts werde sich die Verfüllungsdauer um mindestens zehn weitere Jahre verlängern.

Ratsherr Grimm möchte wissen, was geschehe, wenn die Deponie voll sei, und wie die Erwartungen der GfA an künftige mögliche Investitionen in einen Elektro-Fuhrpark seien. Herr Schmitz erklärt, dass es schwierig sei vorauszusehen, was in der Zukunft passiere, denn man sei abhängig von zukünftigen Gesetzesänderungen. Derzeit zeichne sich eine Entwicklung hin zur Kreislaufwirtschaft und weg von der Nutzung von Deponien ab. Die GfA plane jedoch bereits über das Jahr 2035 hinaus. Bezüglich des Elektro-Fuhrparks erläutert Herr Schmitz, dass aktuell nur die bis zu sieben Tonnen schweren Fahrzeuge elektrifiziert seien. Die großen 26-Tonnen-Fahrzeuge seien nicht elektrifiziert und er gehe davon aus, dass sich dies nicht zeitnah ändere, da die großen E-Fahrzeuge aufgrund der geringen Reichweite nicht zuverlässig genug seien. Zudem seien die Anschaffungskosten deutlich höher als diejenigen für Dieselfahrzeuge.

Ferner fragt Ratsherr Grimm, ob zukünftig mit Gebührenerhöhungen im Entsorgungsbereich der Hansestadt zu rechnen sei. Herr Schmitz antwortet, dass dies nicht einfach vorauszusehen sei. Er gehe jedoch davon aus, dass aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen und der regelmäßigen Steigerung der Personalkosten durch Tarifierhöhungen die Gebührenerhöhung eines Tages unumgänglich sei. Für das Jahr 2027 zeichne sich, Stand jetzt, keine Erhöhung ab.

Ratsherr Lühmann erkundigt sich nach den Gründen für die Reduzierung des Personalaufwands um 530 T€ im Plan 2026 ggü. dem Plan 2025. Herr Schmitz führt aus, dass die Hochrechnung 2025 aufzeige, dass der Personalaufwand im Plan 2025 zu hoch angesetzt worden sei. Im Vergleich zur Hochrechnung 2025 habe man einen leichten Anstieg des Personalaufwands für 2026 eingeplant. Zudem fragt Ratsherr Lühmann, ob es geplant sei mehr Mineralabfälle anzunehmen. Herr Schmitz antwortet, dass die Annahme von mehr Mineralabfällen nicht gewollt sei. Die Kapazitäten seien jedoch gegeben.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, wie trotz steigendem Personalaufwand die Gebühren im Entsorgungsbereich der Hansestadt stabil bleiben könnten. Herr Schmitz erklärt, dass in den letzten Jahren die Erlöse für Altpapier recht hoch gewesen seien, sodass die Mehrkosten ausgeglichen werden könnten.

Zu TOP 24 GfA Lüneburg gkAöR - Gebührenkalkulation der kostenrechnenden Einrichtung der Abfallbeseitigung im Entsorgungsgebiet der Hansestadt Lüneburg
BV/12160/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem im Verwaltungsrat der GfA Lüneburg – gkAöR am 04.11.2025 gefassten Beschluss zur Betriebsabrechnung 2024 und Gebührenbedarfsberechnung 2026 im Entsorgungsgebiet der Hansestadt Lüneburg wird zugestimmt. Es ist lediglich eine Anpassung des Gebührensatzes für den Kauf der Grünabfallsäcke von 0,50 € auf 0,70 € je Stück erforderlich. Der entsprechenden Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Entsorgungsgebiet Hansestadt Lüneburg (Abfallgebührensatzung) in der vorgelegten Fassung zum 01.01.2026 wird zugestimmt. Darüber hinaus bleiben die Abfallbeseitigungsgebühren unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Siehe Beratungsinhalt zu Top 24

Zu TOP 25 Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026
BV/12156/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Betriebsabrechnung 2024 für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung wird zur Kenntnis genommen.

Der Gebührenbedarfsberechnung 2026 wird zugestimmt. Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigungsgebühren bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Prigge stellt die Betriebsabrechnung 2024 und die Gebührenbedarfsrechnung 2026 für die

Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung vor. Die Gebühren würden für das Jahr 2026 nicht angepasst werden. Somit sei seit acht Jahren keine Anpassung erfolgt.

Ratsherr Grimm erkundigt sich danach, wie sich die notwendigen Investitionen der AGL in das Kanalnetz auf die Gebühren auswirkten. Herr Prigge erläutert, dass die Investitionen über die Dauer der Abschreibung auf die Gebühren umgelegt werden würden. Bei Kanalneubauten verteile man die investiven Ausgaben über 50 Jahre hinweg auf die Gebühren.

Zusätzlich weist Ratsherr Grimm daraufhin, dass einige Kanäle der Hansestadt bereits über 50 Jahre alt und somit hohe Investitionen in das Kanalnetz notwendig seien, die zu Kostenerhöhungen führten. Daher fragt er, ob die Einwohnenden in Zukunft mit Gebührenerhöhungen zu rechnen hätten. Stadtrat Rink stimmt Ratsherrn Grimm zu, dass die Kosten für das Kanalnetz aufgrund der Investitionen steigen würden, jedoch weist er daraufhin, dass der Rat über die Erhöhung der Gebühren entscheide.

**Zu TOP 26 Marktwesen - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung
2026 - Änderung der Marktgebührensatzung
BV/12161/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Betriebsabrechnung 2024 für das Marktwesen wird zur Kenntnis genommen.

Der Gebührenbedarfsberechnung für 2026 inklusive der Gebührenanpassung wird zugestimmt. Die dargestellte Änderung der Anlage (zu § 2 der Marktgebührensatzung) – Gebührenverzeichnis zur Marktgebührensatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erklärt, dass der Grund für die späte Anpassung der Vorlage sei, dass erst am 02.12.2025 ein abschließendes Gespräch mit allen Beteiligten stattgefunden habe. In diesem Gespräch habe man die Erhöhungen der Marktgebühren mit den Schausteller:innen und Marktbeschicker:innen erläutert. Die Erhöhung erfolge im Einvernehmen mit diesen.

Herr Prigge stellt die geplante Anpassung der Marktgebührensatzung mit Hilfe einer Präsentation vor (siehe Anhang).

Ratsherr Dißelmeyer fragt nach, was der Grund für die späte Terminierung des Gespräches gewesen sei und führt aus, dass am 01.12.2025 eine Fraktionssitzung der SPD-Fraktion stattgefunden habe, zu welcher die Schausteller:innen und Marktbeschicker:innen eingeladen gewesen sein. In dieser Sitzung hätten die beiden Gruppen Unmut über die geplanten Erhöhungen geäußert. Die Nachjustierung der Verwaltung nach dem abschließenden Gespräch am 02.12.2025 lobt er. Weiter verweist Ratsherr Dißelmeyer darauf, dass die Erhöhungen nicht durchgehend bei 30 % lägen, sondern es Unterschiede für die verschiedenen Produkte gebe. Bei der Erhöhung der Gebühren für die Schausteller:innen könne er weitestgehend mitgehen, jedoch

seien die Erhöhungen für den Markt zu hoch angesetzt. Es bestehe das Risiko, dass die Marktbesucher:innen entschieden der Hansestadt den Rücken zu kehren, was der Attraktivität der Hansestadt schade. Daher bittet Ratsherr Dißelmeyer die Verwaltung die Gebühren bis zur Ratsitzung noch einmal mit den Marktbesucher:innen nachzuverhandeln, ansonsten bringe die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag ein.

Stadtrat Rink erklärt, dass die Verantwortlichen des Marktes mit den Erhöhungen einverstanden seien. Zudem bleibe das Kostendefizit des Marktes trotz der Erhöhungen weiterhin bestehen. Es könne jedoch durch die Erhöhungen reduziert werden, was im Hinblick auf den städtischen Haushalt nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Somit handele es sich bei den vorgestellten Erhöhungen bereits um einen Kompromiss. Die Betrachtung der Marktbesucher:innen fließe immer in mögliche Erhöhungen ein, da die Attraktivität des Marktes sichergestellt werden solle.

Ratsherr Schwake dankt der Verwaltung für die ausführliche Darstellung der Gründe für die Erhöhung. Zudem weist er daraufhin, dass aufgrund der steigenden Kosten eine Gebührenerhöhung notwendig sei, denn ansonsten würden die Einwohner:innen der Hansestadt den Markt subventionieren.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, wie die Frontmeter bei umlaufbaren Ständen berechnet würden und wie die Abrechnung des Stromverbrauchs ablaufe. Herr Klose antwortet, dass die Standinhaber:innen den Strom selbst zahlten. Die Stände würden in einseitige und beidseitige Stände eingeteilt. Ein umlaufender Stand würde den beidseitigen Ständen zugeteilt. Die Frontmeter entsprechen der Länge der beiden Seiten. Ratsherr Grimm kritisiert, dass dies jedoch nicht die ganze eingenommene Fläche eines großen umlaufenden Standes widerspiegele. Herr Klose entgegnet, dass Ratsherr Grimm die Möglichkeit habe, einen Antrag zu stellen, damit der Maßstab in der Gebührensatzung von Frontmeter auf Fläche angepasst werde. Herr Prigge ergänzt, dass eine Gesamtkostenrechnung beim Markt durchgeführt werde. Die in der Betriebsabrechnung aufgeführten Stromkosten würden an die Marktbesucher:innen eins zu eins weitergegeben.

Ferner verweist Ratsherr Grimm darauf, dass in der Vorlage zum TOP 30.3 „Antrag Pop-up-Marktstand“ behauptet würde, dass es keine Interessent:innen für zusätzliche Stände gebe und sich dies wohl auch bei einer Erhöhung der Gebühren nicht verbessere. Stadtrat Rink wiederholt, dass die Marktbesucher:innen der Gebührenerhöhung zugestimmt hätten.

Ratsherr Schwake verlässt die Sitzung um 18:33 Uhr.

Ratsherr Dißelmeyer wünscht sich, dass weitere Vergleiche zu anderen Städten wie beispielsweise Maschen und Uelzen, gezogen würden, anstatt Lübeck, da er in diesem Fall andere Ergebnisse erwarte. Zudem betont er, dass der Markt sehr wichtig für die Hansestadt sei. Denn dieser sei ein Begegnungsraum und zähle auch zur Kultur der Hansestadt.

Ratsherr Lühmann kritisiert die Idee, einen Vergleich zwischen Maschen und Lüneburg zu betrachten. Den Erhöhungen stimme er weitestgehend zu, jedoch wünsche er sich, dass noch einmal die Erhöhung für Süß- und Backwaren kritisch beäugt und angepasst werde, da dies ein äußerst hartes Geschäft sei.

Ratsherr Grimm verweist darauf, dass ein Vergleich mit der Stadt Celle statt mit der Hansestadt Lübeck sinnvoller sei, da diese deutlich größer sei und ein größeres Einzugsgebiet habe. Zudem fragt Ratsherr Grimm nach, ob alle Marktbesucher:innen der Erhöhungen zugestimmt hätten oder nur der Vorsitz, und welche Bestrebungen es gebe, den Markt für Händler:innen attraktiver zu machen. Stadtrat Rink antwortet, dass mit den Vertreter:innen der Marktbesucher:innen gesprochen worden sei. Inwieweit diese die Erhöhung mit den einzelnen Marktbesucher:innen abklärten, sei deren Sache. Zudem werde die Sicherung der Attraktivität des Marktes laut Stadtrat Rink immer berücksichtigt. Daher sei man auch einen Kompromiss eingegangen und haben

die Gebühren nicht entsprechend der Kosten angepasst. Stadtrat Rink stellt den Ausschussmitgliedern weitere Gespräche mit den Marktbesucher:innen, jedoch keine Reduzierungen, in Aussicht. Ferner erklärt er, dass die Situation in den Medien anders dargestellt werde, als sie in den Gesprächen erfolgt sei.

Ratsherr Gerlach betont, dass der Markt für die Hansestadt sehr wichtig sei. Daher seien die Gebühren seit 16 Jahren nicht mehr angepasst worden. Eine Anpassung, insbesondere im Hinblick auf den städtischen Haushalt, sei nach so langer Zeit notwendig. Zudem sei es Praxis, nur mit den Vertreter:innen und nicht mit allen einzeln zu sprechen. Daher sei die Kritik an dem Vorgehen der Verwaltung nicht gerechtfertigt.

Ausschussvorsitzende Bauseneick kommt um 18:51 Uhr zur Sitzung und übernimmt die Leitung der Sitzung von ihrer Stellvertreterin Ratsfrau Dr. Dartenne.

Ratsherr Dißelmeyer wiederholt nochmal, dass, sofern keine Nachjustierung der Gebühren nach der heutigen Sitzung erfolge, die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zur Ratssitzung stellen werde.

Ratsherr Lühmann verlässt die Sitzung um 18:56 Uhr.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob die Marktgebührensatzung ebenfalls für die Märkte am Kreideberg und am St.-Stephanus-Platz gelte. Herr Klose bejaht dies.

Ratsherr Dißelmeyer stellt den Antrag, dass keine Empfehlung an den Rat ausgesprochen werden solle, sondern lediglich die Erhöhungen zur Kenntnis genommen würden. Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zu TOP 27 Straßenreinigung - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026
BV/12155/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Betriebsabrechnung 2024 für die Straßenreinigung wird zur Kenntnis genommen.

Der Gebührenbedarfsberechnung 2026 wird zugestimmt. Die Straßenreinigungsgebühren bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Prigge stellt die Betriebsabrechnung 2024 und die Gebührenbedarfsrechnung 2026 vor. Eine Erhöhung der Gebühren werde in 2026 nicht erfolgen, da es positive Vorträge aus vorheri-

gen Perioden gebe.

Ratsherr Grimm erkundigt sich ob die Reinigungsleistungen gleichblieben und welches städtische Gremium für die Einteilung der Straßen in Reinigungsklassen zuständig sei. Herr Prigge antwortet, dass die Reinigungsleistungen zu den Vorjahren identisch blieben und dass der Bauausschuss für die Einteilung zuständig sei.

Ferner fragt Ratsherr Grimm, ob die Kosten für den Winterdienst durch die Gebühren abgedeckt würden. Herr Prigge erklärt, dass die Kostendeckung des Winterdienstes nicht über die Gebühren erfolge, sondern aus dem städtischen Haushalt finanziert werde.

Daraufhin fragt Ratsherr Grimm, warum der Winterdienst in der Satzung stehe, obwohl er nicht über die Gebühren finanziert werde. Herr Prigge antwortet, dass es im Jahr 2021 eine Rechtsprechung gegeben habe. Der Winterdienst müsse im selben Turnus wie die Reinigungsklassen stattfinden. Jedoch gebe es auch Alarmstufen für den Winterdienst, sodass dieser die Priorität habe. So könne es auch mal passieren, dass der Winterdienst mehrmals pro Tag rausgeschickt werde. Das Herausrechnen des Winterdienstes aus den Gebühren sei rechtlich notwendig.

Zu TOP 28 Friedhofs- und Bestattungswesen - Betriebsabrechnung 2024 - Gebührenbedarfsberechnung 2026
BV/12157/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Betriebsabrechnung 2024 für das Friedhofs- und Bestattungswesen wird zur Kenntnis genommen.

Der Gebührenbedarfsberechnung 2026 wird zugestimmt. Die Friedhofs- und Bestattungsgebühren werden nicht angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Prigge stellt die Betriebsabrechnung 2024 und die Gebührenbedarfsrechnung 2026 vor. Die Gebühren würden nicht erhöht werden. Im Friedhofs- und Bestattungswesen lägen negative Vorträge vor, die sich zu einem negativen Gesamtertrag von rd. 4 Mio. € kumulierten. Auf Wunsch des Rates werde keine Kostendeckung angestrebt. Zum 01.01.2027 sei jedoch eine Anpassung der Satzung und der Gebühren geplant.

Ratsherr Dißelmeyer stellt den Antrag, dass die Dauer der Sitzung auf vier Stunden begrenzt werde. Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ratsherr Grimm erkundigt sich ob die Gebühren für die verschiedenen Arten an Gräbern pauschal kalkuliert werden. Herr Prigge verneint dies und erklärt, dass bei der Gebührenkalkulation die Art des Grabes differenziert werde.

**Zu TOP 29 Verlängerung des Förderprogramms "Catalyst"
 BV/12213/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Förderprogramm „Catalyst“ der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für Stadt und Landkreis Lüneburg wird für die Jahre 2026-2028 weitergeführt. Der jährliche Zuschuss der Hansestadt Lüneburg beträgt 100.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Leupold, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für Stadt und Landkreis (WLG), führt aus, dass er bereits in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 04.11.2025 ausführlich über das Förderprogramm „Catalyst“ berichtet habe. Zudem verweist er darauf, dass der Landkreis Lüneburg der Verlängerung des Förderprogramms bereits zugestimmt habe.

Ratsherr Gerlach wünscht sich eine stärkere Sichtbarkeit des Programms in der Öffentlichkeit.

Zu TOP 30 Anträge und Anfragen

**Zu TOP 30.1 Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)
 AT/11991/25**

Beschluss:

Der Antrag wurde in der Sitzung mündlich durch Ratsherrn Grimm von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

Beratungsinhalt:

Ratsherr Grimm möchte, dass der Antrag vertagt werde. Herr Klose weist daraufhin, dass alle im Antrag der FDP-Fraktion genannten Punkte von der Verwaltung bereits abgearbeitet worden seien, sodass eine Vertagung nicht sinnvoll sei.

Ratsherr Neubert verlässt die Sitzung um 19:29 Uhr.

Ratsherr Dißelmeyer stimmt positiv, dass nun alles erledigt sei, jedoch bezeichne er den Prozess als verbesserungsfähig.

Ratsherr Grimm zieht den Antrag zurück, da die Verwaltung alle Punkte bearbeitet habe.

Zu TOP 30.2 **Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepaxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)**
AT/11992/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	0
Enthaltung:	3

Beratungsinhalt:

Herr Klose führt aus, dass die Überschneidungen mit dem Antrag der FDP-Fraktion - wie unter TOP 30.2 bereits genannt- bearbeitet seien. Zu den weiteren offenen Punkten des Antrags der CDU-Fraktion erklärt Herr Klose, dass von einer zentralen Ansprechperson abgeraten werde. Das Schaffen zusätzlicher Parkflächen für Handwerker:innen sei nicht möglich. Weiter werde die Verwaltung prüfen, ob beim Pilotprojekt „Arbeitsstättennachweis“ entsprechend des Vorgehens der Hansestadt Lübeck verfahren werden könne bzw. ob dieses Verfahren praktikabel sei.

Ratsherr Gerlach betont, dass auf Seiten der CDU-Fraktion weiterhin die Benennung einer zentralen Ansprechperson gewünscht sei.

Ratsherr Grimm stellt den Antrag auf Einzelabstimmung. Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zu TOP 30.3 **Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, eingegangen am 28.01.2025)**
AT/12099/25

Beschluss:

Der Antrag wurde in der Sitzung mündlich durch Ratsherrn Grimm von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

Beratungsinhalt:

Herr Klose berichtet, dass es seit der letzten Sitzung keine neue Interessent:innen gebe. Daher bleibe die Empfehlung der Verwaltung gleich.

Ratsherr Dißelmeyer verweist darauf, dass jeder Stand auf dem Markt eigentlich ein Pop-up-Marktstand sei, denn es habe schon jeder die Möglichkeit, einen Stand auf dem Markt zu eröffnen. Daher sei der Antrag überflüssig. Stattdessen solle häufiger über den Stellenwert des Marktes diskutiert werden.

Ratsherr Grimm fragt nach, ob die Marktsatzung auch Standplätze für einzelne Tage erlaube. Herr Klose bejaht dies und verweist auf § 8 Abs. 2 der Marktsatzung.

Daraufhin zieht Ratsherr Grimm den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

**Zu TOP 30.4 Antrag "Lüneburgs Wärmenetze kommunalisieren" (Antrag der SPD-Fraktion und Ratsfrau Esders vom 24.04.2025, eingegangen am 24.04.2025)
VO/11862/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund der Abwesenheit der Gruppe Die PARTEI/DIE LINKE sowie weiteren Beratungsbedarfs vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 0
Enthaltung: 3

Beratungsinhalt:

Ratsherr Dißelmeyer stellt einen Antrag auf Vertagung auf die nächste Sitzung, da kein Mitglied der Gruppe Die PARTEI/DIE Linke in der heutigen Sitzung anwesend sei. Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 31 e.novum Lüneburg GmbH - Erwerb von Gesellschaftsanteilen und Wahl einer Vertretung in die Gesellschafterversammlung

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der e.novum Lüneburg GmbH in Höhe von 3.157,90 € sowie der Anpassung des Gesellschaftsvertrages wird zugestimmt.

Für die Besetzung des Aufsichtsrates schlägt Frau Oberbürgermeisterin Kalisch Herrn Stadtrat Rink als dauerhaften Vertreter gem. § 138 Abs. 2 S. 2 NKomVG vor. Herr Stadtrat Rink und ein Mitglied des Rates werden als Vertreter/-innen für den Aufsichtsrat benannt.

Die Verwaltung wird beauftragt nach Feststellung des tatsächlichen Zuschussbedarfs von bis zu 18.000 € p.a. eine Zuschussvereinbarung mit der e.novum Lüneburg GmbH zu schließen sowie die Auszahlung für die steuerrechtliche Auskehrung vorzunehmen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Aufgrund des Antrags von Ratsfrau Dr. Dartenne unter TOP 2 erfolgt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil.

Herr Enkelmann, Geschäftsführer der e.novum Lüneburg GmbH (e.novum), führt ausführlich über den Verlust der Gemeinnützigkeit und die Tätigkeiten des e.novums aus. Er bezieht sich auf einige der Fragen aus dem Fragenkatalog von Ratsfrau Dr. Dartenne, der in der Vorlage beigefügt ist. Zudem erwähnt Herr Enkelmann, dass die Zeit für einen Beschluss dränge, da die Rainer-Adank-Stiftung sich zeitnah ein Ergebnis wünsche.

Ausschussvorsitzende Bauseneick bittet die Anwesenden sich kurzzuhalten.

Ratsherr Dißelmeyer bedankt sich bei allen Beteiligten und möchte den vorgestellten Weg mitgehen.

Ratsfrau Dr. Dartenne erklärt, dass die letzte Wirtschaftsausschusssitzung hinsichtlich dieses Tagesordnungspunktes bereits unerquicklich gewesen sei. Ausschussvorsitzende Bauseneick verwehrt sich gegen eine Kritik an ihrer Leitung des Ausschusses. Ratsfrau Dr. Dartenne sieht darin ein Missverständnis. Sie habe nicht die Leitung des Ausschusses als unerquicklich angesehen, sondern die Antworten auf ihre Fragen zur Übernahme von Anteilen des e.novums. Auch habe sie in Erinnerung, dass sie selbst die letzte Sitzung geleitet habe. Ausschussvorsitzende Bauseneick widerspricht Ratsfrau Dr. Dartenne hinsichtlich ihrer Bewertung der Antworten zu den Fragen zur Übernahme von Anteilen des e.novums.

Ratsfrau Dr. Dartenne verweist darauf, dass Herr Enkelmann in seinem Vortrag nicht darstellen könne, wie das jetzige e.novum ohne Gemeinnützigkeit und ohne eine sich konkretisierende Kooperation mit der Leuphana Universität Lüneburg (Leuphana) erfolgreich sein solle. Die letzten beiden Jahresabschlüsse für die Jahre 2023 und 2024 hätten einen Verlust von ca. 59 T€ bzw. ca. 51 T€ ergeben. Der Auskehrbetrag i.H.v. rd. 125 T€ (der Gewinn Ende 2023) sei nicht mehr vorhanden. Das Eigenkapital sei aufgebraucht. Ratsfrau Dr. Dartenne teilt dazu - lediglich an die Ausschussmitglieder - eine von ihr erstellte Tabelle mit Wirtschaftszahlen aus den Jahren 2013 bis 2024 (aus den einsehbaren Jahresabschlüssen des e.novums 2014-2024) als Tischvorlage aus. Ratsfrau Dr. Dartenne betont, dass sogar die von der Verwaltung vorgelegte Entwicklung der Plan-Zahlen zeige, dass in den nächsten Jahren kein Gewinn erwartet werde.

Weiter fragt Ratsfrau Dr. Dartenne nach der Höhe des Investitionsstaus, was bisher bezüglich des sanierungsbedürftigen Gebäudes passiert sei und wie das e.novum in Zukunft erfolgreich wirtschaften könne. Herr Enkelmann antwortet, dass das e.novum ab einer Auslastung von 87 % - 90 % wirtschaftlich zu führen sei, aber eine geringere Auslastung und Sondereffekte (Rechts-/Beratungskosten) in den Jahren 2023/2024 sowie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit bei der Betreibergesellschaft des e.novum und der daraus resultierende Wegfall von Zu-

schüssen der Rainer-Adank-Stiftung für die Jahre 2024/2025 die Ertragskraft der Gesellschaft stark belastet hätten. Die Tatsache, dass diese Belastungen durch eine Gesellschaft mit 25 T€ Stammeinlage aufgefangen werden konnten, verdeutliche die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Betriebs über einen längeren Zeitraum.

Für zukünftige Instandhaltungskosten würden bislang lediglich Schätzungen existieren. Sie gingen von ca. 90 T€ aus.

Herr Leupold ergänzt, dass das e.novum ein wichtiger Teil der wirtschaftlichen Infrastruktur in der Region sei, da es jungen Unternehmen mehr Flexibilität durch ihre Büro- und Lagerflächen ermögliche. Zudem gebe das Finanzamt vor, ob ein Unternehmen als gemeinnützig gelte, relevant sei nicht der Zweck des Unternehmens. Das e.novum habe gar nicht das Ziel Gewinne zu erwirtschaften, sondern Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region entstehen zu lassen.

Ratsherr Gerlach stellt den Antrag auf Schließung der Rednerliste. Dem Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Ratsherr Grimm verweist darauf, dass Stadtrat Rink in der letzten Sitzung angesprochen habe, dass der Erwerb der Gesellschaftsanteile wichtig sei, damit die Hansestadt mitgestalten könne, dass das e.novum nicht weitergeführt werde, und fragt, wie dies mit dem genannten Ziele des e.novums zusammenpasse. Stadtrat Rink entgegnet, dass Ratsherr Grimm ihn missverstanden habe. Die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg hätten großes Interesse an der Weiterführung des Gründungszentrums. Das Mitspracherecht bei der Gestaltung beziehe sich auf das Interesse der Leuphana an dem Grundstück. Die Potenziale zur Weiterentwicklung des Grundstücks müssten nämlich ebenfalls betrachtet werden.

Zudem erkundigt sich Ratsherr Grimm nach den fehlenden Berichten zu den Begehungen des Gebäudes. Stadtrat Rink erklärt, dass in den letzten Jahren die Begehungen nicht im notwendigen Maße stattgefunden hätten, jedoch werde dies nun wieder erfolgen. Herr Enkelmann gibt zu bedenken, dass regelmäßige Begehungen seinerzeit seitens des Erbbaurechtsgebers für nicht notwendig erklärt worden seien. Es seien eh keine finanziellen Mittel dafür vorhanden gewesen. Das sei der Grund dafür gewesen, dass diese seit einigen Jahren nicht mehr stattgefunden hätten.

Ratsfrau Dr. Dartenne spricht von einer Entscheidung, bei der die Hansestadt die „Katze im Sack“ kaufe. Der angebliche Erfolg durch eine neue Kooperation mit der Leuphana sei nicht substantiiert worden. Im Gegenteil, in der Vorlage sei das Annahmerecht der Rainer-Adank-Stiftung (und von Herrn Rainer Adank persönlich) nicht erwähnt worden. Erst auf Nachfrage von ihr bei der Verwaltung sei ihr mitgeteilt worden, dass solches erst vor kurzem gelöscht worden sei. Befremdlich findet Ratsfrau Dr. Dartenne auch, dass es noch ein Vorkaufsrecht gebe, welches im Grundbuch eingetragen sei, von dem die Ausschussmitglieder jedoch nichts wüssten. Sie habe zufällig davon erfahren, weil in der E-Mail von Stadtrat Rink an sie vom 04.12.2025 merkwürdigerweise eine E-Mail von Herrn Prigge (die er nur an Stadtrat Rink am 02.12.2025 gesandt hätte) unterhalb enthalten gewesen sei, in der davon die Rede gewesen sei. Herr Prigge habe darin an Stadtrat Rink geschrieben, er habe der Ratsfrau Dr. Dartenne bewusst von dem Vorkaufsrecht im Grundbuch nichts erzählt. Ratsfrau Dr. Dartenne sieht darin eine bewusste Täuschung und das Vorenthalten von wichtigen Informationen. Stadtrat Rink antwortet, dass er diese E-Mail (von Herrn Prigge an ihn) extra auf diese Weise an Ratsfrau Dr. Dartenne weitergeleitet habe, um so Ratsfrau Dr. Dartenne über das Vorkaufsrecht zu informieren und Transparenz zu schaffen.

Ratsfrau Dr. Dartenne gibt folgende persönliche Erklärung ab:

„Mit der Mail von Herrn Prigge an Herrn Rink vom 02.12.2025 wird anhand des Satzes `Das Vorkaufsrecht, welches noch im Grundbuch verankert ist, habe ich bewusst nicht genannt` deutlich, dass mir als Mandatsträgerin Informationen, die für meine Entscheidung zur Frage des Erwerbs von Anteilen an der e.novum wichtig sein könnten, willentlich vorenthalten werden. Das ist nicht hinnehmbar.“

Herr Enkelmann führt aus, dass die Situation mit dem Vorkaufsrecht klar sei und nicht den Beschluss behindern würde. Zudem verweist er darauf, dass die WLG einen Aufsichtsrat besäße in dem eine regelmäßige Berichterstattung über das e.novum erfolge. Laut Herrn Enkelmann sei die wirtschaftliche und rechtliche Situation sowohl für Verwaltung als auch Politik stets transparent gewesen.

Auf Nachfrage von Herrn Grimm konnte das Vorkaufsrecht durch Herrn Prigge erläutert werden. Sowohl die Stiftung als auch Herr Adank selbst hätten die Möglichkeit in den aktuellen Erbbaurechtsvertrag anstelle der WLG einzutreten und beim Verkauf des Erbbaurechts ein Vorkaufsrecht geltend zu machen. Die Stiftung und Herr Adank hätten schriftlich mitgeteilt, dass man auf die Option bzw. auf das Vorkaufsrecht verzichte. Zum Zeitpunkt des Wirtschaftsausschusses sei bislang nur die Option des Eintritts in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag notariell gelöscht worden. Die Löschung des Vorkaufsrechts im Grundbuch soll zusammen mit dem Erwerb der Geschäftsanteile notariell beglaubigt werden.

Stadtrat Rink fragt die Ausschussmitglieder, ob der Bedarf bestehe, dass Herr Enkelmann und Herr Leupold ebenfalls an der Ratssitzung teilnehmen. Die Ausschussmitglieder verneinen dies.

Ratsfrau Dr. Dartenne und Ratsherr Wiebe verlassen die Sitzung nach der Abstimmung um 20:46 Uhr.

**Zu TOP 32 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen
Angelegenheiten**

Beratungsinhalt:

- keine -

Dr. Corinna Maria Dartenne

Matthias Rink

